

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 31. März 1932 Nummer 75

Der Gemeindearbeitertarif gekündigt

Lohnraub soll bei Gemeindearbeitern beginnen

36 Proz. Lohnabbau von Bauunternehmern gefordert! . 20 Proz. bei den Buchdruckern . Schwerindustrie führt Lohnkündigungen nach der Hindenburgwahl durch . SPD und ADGB wollen die Arbeiterschaft erst in die Hindenburgfront einreihen und dann den Lohnräubern unterwerfen . Organisiert den Kampf gegen Lohnraub — für Lohnerhöhung!

Dresden, 31. März 1932

Vor einigen Tagen meldeten die bürgerlichen Zeitungen in Verbindung mit dem Ablauf der Tarife am 30. April und der Kündigungsmöglichkeit am 1. März, daß kein weiterer Lohnabbau geplant sei. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schwang sich sogar zu der Erklärung auf, daß „eine erneute allgemeine Lohnherabsetzung nicht tragbar“ sei. Was von diesen Erklärungen zu halten ist, zeigen die Vorkämpfe des Unternehmertums die in den letzten Tagen zusammen wurden, um die Hungerlöhne der Arbeiterschaft auf einen noch tieferen Stand herabzudrücken. Nach der Tagung des Reichsverbandes der Industrie *und der Handelskammern* des Sächsischen Industriellen-Verbandes, deren Hauptforderung eine weitere allgemeine Herabsetzung der Löhne war, wollen die Bauunternehmer von Rheinland-Westfalen als erste Scharlmadergruppe einen Lohnraub bis zu 36 Prozent durchführen. Ebenso fordern die Bauunternehmer einen direkten und indirekten Lohnabbau von je 10 Prozent.

Nach ihnen haben jetzt auch die Gemeinden in fast allen Bezirken Deutschlands den Lohnraub gekündigt. Auch von den im Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden zusammengeschlossenen Stadt- u. Landgemeinden wurden der Lohnraub und die Zuschlagsvereinbarungen mit den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern zum 30. April gekündigt, während der Manteltarif auf Grund der Notverordnung bis zum 1. April abläuft.

Es ist klar, daß hier von den Gemeinden aus der erste Vorstoß zur Durchführung des neuen Lohnraubs gemacht werden soll. Gerade die Gemeindearbeiter stellen eine verhältnismäßig starke Gruppe der Arbeiterschaft dar, die sich an wichtigen Punkten noch unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und SPD befindet. Gestützt auf die SPD-Führer und die Gewerkschaftsbürokratie, mit den nationalsozialistischen Streikbrecherorganen im Hintergrund, hoffen die sächsischen Kommunalverwaltungen den Lohnraub an den Gemeindearbeitern durchzuführen. Damit soll gleichzeitig eine Brechlinie für die Kaufpläne der anderen Unternehmergruppen geschlagen werden.

Wenn die bürgerlichen, einschließlich der sozialdemokratischen, Zeitungen melden, daß kein weiterer Lohnabbau erfolgen soll, so ist das weiter nichts als ein Schwimmlandbau durch das die Arbeiter über die wirklichen Scharlmaderabsichten der Unternehmer hinweggeleitet werden sollen. Das geht auch ganz klar aus einer Meldung der Schwerindustriellen „Bergwerkszeitung“ hervor, die unter der Überschrift: „Keine Kündigung des Lohnraubs für den Ruhrbergbau zum 1. April“ folgendes schreibt:

„Der auf Grund der Notverordnung getriggerte Lohnraub für den Ruhrbergbau ist erstmalig am 1. April zu Ende des Monats Januar. Der Zechenverband wird von dieser Kündigungsmöglichkeit aber keinen Gebrauch machen. Aus diesem Verhalten wird man aber wohl keinesfalls den Schluß ziehen dürfen, daß der Ruhrbergbau weitere Lohnsenkungen zur Erleichterung seiner Selbsthaltung nicht für erforderlich hält. Die Hinusschiebung der Kündigung erfolgte zweifellos deshalb, weil der Zechenverband den Monat April aus politischen Gründen zu demartigen Auseinandersetzungen nicht für geeignet hält. Der Ruhrbergbau wird sicherlich nicht verkennen, daß das Einkommen der Belegschaft durch die zahlreichen Forderungen und durch die neuen Steuern (Körperssteuer, Bürgersteuer) geschmälert wird. Das aber ist nichts daran, daß die Schichtlöhne, gemessen am Lebenshaltungsniveau, auch heute noch überhöht sind. Da das Lohnabkommen nach dem 1. April mit monatlicher Frist gekündigt werden kann, bleibt abzuwarten, ob der Zechenverband nicht zum 1. Mai die Kündigung auspricht.“

Zu dieser Meldung schreibt das „Berl. Tagebl.“ ergänzend: „... von der Großindustrie ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich dem Vorgehen des Zechenverbandes anschließt. Aber auch in den sonstigen Industriezweigen wird man, wie das Reichsarbeitsministerium auf Grund einer einseitigen und unvollständigen Information für alle Teile der deutschen Wirtschaft mitteilen kann, nur in Ausnahmefällen zu einer Kündigung schreiten.“

Damit hat die bürgerliche Presse ihr eigenes Schwimmlandbau entlarvt. Wenn eine Kündigung der Lohnraube in einschließenden Industriezweigen nicht am 1. März oder 1. April erfolgt, dann nicht etwa deswegen, wie Herr Stegerwald sagte, daß „eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar“ sei. Im Gegenteil. Das ganze Bestreben des Unternehmertums läuft gerade darauf hinaus, die nach Ansicht der Profitgötzen noch überhöhten Löhne so schnell wie möglich herabzusetzen. Das einzige Hindernis, das dies nicht überall sofort geschieht, sind die politischen Gründe, die in der Reichspräsidentenwahl, in dem ersten Volksentscheid in Sachsen, in der preussischen Landtagswahl und anderen Parteiparlamenwahl die vom 18. bis 24. April stattfinden werden. Gerade hier zeigt sich wieder das Zusammenhänge des Unternehmertums mit der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie. Die SPD und die ADGB, die sich jetzt im

Kampfbild vor der Aufgabe die von ihr beeinflussten Arbeitermassen in die Hindenburgfront, in die Front des Faschismus, des Lohnraubs und des imperialistischen Krieges einzureihen. Diese Aufgabe würde der SPD und dem ADGB ungleich schwerer erschwern und fast unmöglich gemacht, wenn in demselben Kampfbild die Hauptmächte der Hindenburgfront von Krupp von Bohlen und Halbach, von Reich, Pulsberg und die anderen Führer der Schwerindustrie, die Lohnrauboffensiven durchführen würden. Deshalb der Beschluß des Zechenverbandes und der anderen Unternehmerverbände, die Tarifkündigung hinauszuschieben. Der SPD soll damit ihr Betrug an der Arbeiterschaft mit dem „kleineren Übel“ Hindenburgfront erleichtert werden, damit sie zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie nach der Reichspräsidentenwahl und den Parlamentswahlen um so besser das Unternehmertum bei der Durchführung seiner Lohnraubpläne unterstützen kann.

In dieser wechselseitigen Zusammenarbeit des profitgierigen Unternehmertums mit den SPD-Führern und der Gewerkschaftsbürokratie kann die Arbeiterschaft am besten erkennen, daß die gesamte Politik der SPD darauf hinausläuft in jeder Zeit und in jedem Fall das Proletariat den Ausbeuterinteressen der Bourgeoisie zu unterordnen. Die Politik des „kleineren Übels“, die von der SPD zum Betrug der Arbeiter angewandt wird, ist die Politik des größten Übels. Diese Politik bedeutet Verhinderung der Ausbeutung, des Hungers, der Not und des Elends. Diese Politik bedeutet Faschismus und imperialistischen Krieg.

Das müssen die Arbeiter erkennen und für ihren Kampf um Arbeit und Brot die notwendigen Schlüsse ziehen.

Jeder Vorstoß der Unternehmer, so wie er sich jetzt im Bauern- und in den Kommunen zeigt, muß sofort mit der Kampfrückung und Streikfreimachung der Betriebe beantwortet werden. In jedem Betrieb, auf dem Bau, in den Kommunalbetrieben, bei den Metallern, Textilern, in den Zigarettenfabriken, gilt es sofort in Belegschaftsversammlungen zu dem neuen dringenden Lohnraub Stellung zu nehmen, Lohnforderungen und andere betriebliche Kampfmaßnahmen anzustellen.

In jedem Betrieb ist es die Aufgabe aller Arbeiter, die rote Einheitsfront zu verteidigen und zu vertiefen und vorbereitende Kampfmaßnahmen als Führung der Lohnkämpfe zu schaffen. Das bedeutet aber auch gleichzeitig, daß sich die Arbeiter frei machen von dem Einfluß der Unternehmermacht, der SPD-Führer und den Gewerkschaftsbürokraten und die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition als einzige Führung im Kampf um ihre Lebensinteressen anerkennen.

Nur die KPD und die NSD mobilisiert die Arbeiter zum Kampf gegen den neuen Lohnraub für Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterschaft und für Erhöhung der Löhne.

Nur die KPD und die NSD mobilisiert die Arbeiter zum Kampf gegen das Unternehmertum, die kapitalistische Klasse!

Folgt deshalb dem Ruf der KPD und NSD, Mobilisiert in jedem Betrieb zum Kampf. Schmeißt immer selber die rote Einheitsfront! Legt am 10. April zur Reichspräsidentenwahl ein Verbot für den proletarischen Klassenkampf ab, indem ihr eure Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann gebt. Folgt dem Ruf der KPD am 17. April zum roten Volksentscheid gegen die Schiedsregierung in Sachsen.

Wacht! betriebsweise zum Antikriegstag am 6. April auf und demonstriert eure Kampfbereitschaft gegen die Kapitalistatur und den neuen Lohnraub!

Für Arbeit und Brot, für Freiheit und Macht!
Für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution!
Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler fordern Verbot der KPD-Presse!

Jetzt erst recht macht eure revolutionäre Tagespresse zur Anlagetribüne gegen Kriegsproduktion und Kriegstransporte . Organisiert die Werbung für die Arbeiterstimme!

Hamburg, 30. März. (Eigener Bericht.)

Die heutige Morgenausgabe der Hamburger Nachrichten veröffentlicht einen Dekret, in dem die üblichen Maßnahmen gegen die kommunistische Presse verlangt werden. Der Artikel trägt die Überschrift: „Der tägliche kommunistische Landesverrat“ und stellt die Forderung an Brüning und Severing, die gesamte kommunistische Presse auf Grund ihrer Aufklärungsarbeit über die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion zu verbieten. So heißt es im Artikel:

„Die politische und wirtschaftliche Spionage des Auslandes hat es jetzt außerordentlich bequem, erfolgreich zu arbeiten, denn ihre Agenten brauchen lediglich die kommunistischen Zeitungen und illustrierten Blätter zu handieren, um sofort die phantastischen Meldungen über angebliche deutsche Geheimereaktionen an ihre Auftraggeber versenden zu können. Darin offenbar ist die ungeheure Gefahr, die diese Arbeiterkorrespondenten für Deutschland, ganz abgesehen von der durch sie bewirkten Steigerung der Verheerung, bedeuten. Sollte nicht eine verantwortungsbewusste Regierung schnellstens Veranlassung nehmen, diesem landesverräterischen Treiben Einhalt zu gebieten?“

Die Hamburger Nachrichten stehen unter dem Einfluß der Großkapitalisten, die aus den Kriegslieferungen für die japanischen Imperialisten riesige Profite ziehen. Tausende

von Frauen und Kindern werden von den bestialischen japanischen Militaristen durch Artilleriebomben hingerichtet, die Bombardierung wird mit Krieg überzogen und der Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet. Die deutschen Rüstungskapitalisten unterstützen diesen imperialistischen Krieg, sie ziehen ihre Profite von der kommunistischen Antikriegsarbeit bedroht. Unter dem Schwere, daß „angebliche deutsche Geheimereaktionen“ enthüllt werden, sollen die Unterdrückung der kommunistischen Presse verschärft und die Kriegslieferungen für den japanischen Imperialismus gestärkt werden. Die SPD-Führer helfen dabei den imperialistischen Kriegstreibern in jeder Hinsicht.

Indem wir der Arbeiterschaft den verschärften Unterdrückungsflug gegen die kommunistische Presse signalisieren (in Severing-Preußen sind bereits neun kommunistische Tageszeitungen verboten), appellieren wir an alle klugenbewachten Arbeiter, in jedem Betrieb die Aufrüstung über den imperialistischen Krieg zu verschärfen und

den Antikriegstag am 6. April mit allen Kräften vorzubereiten!

Es gilt, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg entschlossener zu organisieren, es gilt, die kommunistische Presse, die einzige Presse, die dem werktätigen Volk die Wahrheit sagt und ihm den richtigen Weg zeigt, zu verteidigen!